Kreis Rottweil

Nummer 156 www.schwarzwaelder-bote.de/rottweil Samstag, 9. Juli 2011

Frauen-Union der Landes-CDU tagt in Rottweil

Kreis Rottweil. Ein großes Ereignis steht der Frauen-Union im Kreis Rottweil ins Haus: Am Samstag, 17. September, wird der Landesverband der CDU-Frauen erstmals in der Stadthalle in Rottweil seinen Landesdelegiertentag abhalten. Unter anderem wird der gesamte Landesvorstand neu gewählt. Vorsitzende ist die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Annette Widmann-Mauz. Aus dem Kreis Rottweil gehört seit längerem die frühere Kreisvorsitzende Rosalie Gräfin von Bissingen dem Landesvorstand als Beisitzerin an. Einstimmig beschloss das Gremium, sie erneut für die Kandidatur in das Führungsgremium der Frauen-Union vorzuschlagen. Thema ist unter anderem die Einrichtung mit Babyklappen. Rottweil fordert eine bessere Versorgung vor allem des östlichen Landesteils.

KREIS ROTTWEIL

▸ **Der Verwaltungsausschuss** des Kreistags trifft sich am kommenden Montag, 11. Juli, um 14 Uhr im Landratsamt. Unter anderem geht es um den Finanzzwischenbericht und den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft.

Heute Vortrag mit Helmut Kapp

Kreis Rottweil. Die Selbsthilfegruppe Körperbehinderter, Bereich Rottweil, trifft sich am heutigen Samstag, 9. Juli, um 14 Uhr im Eschachtreff in Dunningen-Seedorf. Dieses Treffen findet in Kooperation mit der Polio-Gruppe und der Sozialgemeinschaft Dunningen statt. Helmut Kapp aus Oberndorf hält einen Vortrag mit dem Thema »Achterbahn – oder Glücksspirale – psychosomatische Beschwerden im Alltag eines körperbehinderten Menschen«.

ICH SUCHE EIN NEUES ZUHAUSE

Pflegestationen füllen sich wieder

Kreis Rottweil. Die Pflegestellen füllen sich, teilt der TSV Sulz mit. Der kleine Grigio ist eines von vielen Katzenkindern, die momentan die Pflegestellen bewohnen. Fast täglich gehen Anrufe ein, die von herrenlosen Katzenmüttern mit Babys oder verwaisten Jungen berichten. Nach Tierarzt-Check und nötigen Maßnahmen werden die Kleinen aufgepäppelt oder an den Menschen gewöhnt. Einige wurden schon vermittelt und freuen sich auf ein liebevolles Zuhause. Da sie jung sind, klappt auch eine Kombination mit Hunden gut.

Grigio heißt die Katze, die ein Zuhause sucht. Foto: privat

WEITERE INFORMATIONEN:

▸ Telefon 07454/6366 und 2697 oder im Internet unter www.tierschutzverein-sulz.de

Es geht um Waffen, Geld und den Ruf

Ehemaliger Geschäftsführer klagt gegen Heckler & Koch / Unternehmen sieht Imageschaden

Von Jürgen Wolfer

Heckler & Koch setzt sich mit dem früheren Geschäftsführer gerichtlich auseinander. Foto: Wolf

Kreis Rottweil. Das Verfahren hat all das, aus dem mancher Justizthrillers besteht: einen ehemaligen Geschäftsführer eines führenden Rüstungsunternehmens, der gegen eben dieses zu Felde zieht, Vorwürfe über angebliche illegale Waffenlieferungen und hoch bezahlte Anwälte, die mit Eleganz in seidenen Roben ihre Positionen vortragen.

Nein, das besagte Szenario ist kein Bestandteil eines John-Grisham-Bestsellers. Es handelt sich um das reale Szenario des Zivilrechtsverfahrens zwischen Ernst Mauch, dem früheren Heckler-&-Koch-Geschäftsführer, und dem bekannten Oberndorfer Waffenhersteller, der Mauch seine betriebliche Altersversorgung versagt.

Genau dagegen ist Mauch nun vor dem Rottweiler Landgericht ins Feld gezogen. Der 55-Jährige macht geltend, dass, wie nach seinem Ausscheiden bei Heckler & Koch (HK) 2005 vereinbart, die ab Januar 2010 auszuzahlende Betriebsrente nur drei Monate geflossen sei.

Im April des vergangenen Jahres hat das Oberndorfer Unternehmen Mauch die Zahlung der monatlichen gut 7000 Euro widerrufen. Mauch, inzwischen in der Geschäftsführung der Armatix GmbH im bayerischen Unterföhring tätig, will vor Gericht erreichen, dass die betriebliche Rente wieder fließt.

Aus Sicht von HK sprechen gute Gründe dagegen. Deren Anwalt aus dem Hause der renommierten internationalen Kanzlei McDermott Will & Emery wirft Mauch vor, seit seinem Ausscheiden aus der Oberndorfer Traditionsfirma das Image derselben systematisch zu schädigen. Etwa durch Äußerungen gegenüber Firmenkunden, bei denen er die Qualität der HK-Waffen in Frage gestellt haben soll.

Zum anderen – und das wiegt für das Unternehmen schwerer – soll sich Mauch mit einem bekannten Freiburger Friedensaktivisten zusammengeschlossen haben, »um das Unternehmen in seiner Existenz zu gefährden«.

Konkreter Anlass: Mauch soll ein Ermittlungsverfahren angestoßen haben, in dessen Zentrum angebliche Waffenlieferungen HKs an mexikanische Bundesstaaten steht, für die seit 2006 ein ausdrückliches Lieferverbot gilt.

Dieses Ermittlungsverfahren schädige nicht nur das Vertrauen der Kunden in das Oberndorfer Unternehmen, so der Anwalt. Ja, es habe auch zu erheblichen wirtschaftlichen Konsequenzen auf dem mittelamerikanischen Markt geführt. »Diese sind geeignet, die Existenz der Firma zu gefährden und erheblichen finanziellen Schaden zu verursachen«, argumentierte der HK-Verteidiger.

»Genau daran habe ich meine Zweifel«, begegnete der Vorsitzende Richter, Waldemar Weiss, der Argumentation. Es liege in der Natur der Sache, dass ein Rüstungsunternehmen in einem besonders sensiblen Blickwinkel der Öffentlichkeit stehe. »Damit müssen alle Unternehmen in dieser Branche seit Jahrzehnten auskommen – und machen dennoch Geschäfte.«

Ob die Vorwürfe gegen Mauch stimmen, müsse gegebenenfalls eine akribische Beweisaufnahme zeigen, so Weiss. Vom Standpunkt des aktuellen Prozesses – und hier gehe es um die Klage zur Wiederaufnahme der betrieblichen Rentenzahlungen an Mauch – sei das nicht zu klären. Relativ schnell geklärt waren hingegen die schlechten Aussichten, die Weiss dem Widerruf der Rentenzahlungen durch HK beschied: »Einen Widerruf lässt der Bundesgerichtshof nur in strengen Ausnahmefällen zu. Und einen solchen sehe ich hier nicht. Die vereinbarte betriebliche Altersversorgung hat sich Herr Mauch durch seine Arbeit in Ihrem Unternehmen verdient – das kann man nicht einfach streitig machen.«

Wohl in diesem Wissen verfolgte Ernst Mauch die mündliche Verhandlung gelassen. Milde lächelnd, schickte er ab und zu ein joviales Zwinkern in die Reihen der zahlreichen Zuhörer. »Ich habe jahrelang mein Herzblut in die Firma investiert. Wieso sollte ich die Existenz des Unternehmens zerstören wollen«, erbat sich Mauch zum Schluss eine rhetorische Frage. Nachdem eine vom Vorsitzenden vorgeschlagene gütliche Einigung von beiden Seiten abgelehnt worden ist, wird der Zivilprozess nun am 9. September in Rottweil fortgesetzt.

Verband gibt Daimler grünes Licht in Sulz

Region unterstützt Technologiezentrum

Von Felicitas Schück

Schwarzwald-Baar-Heuberg. Von der Ansiedlung eines Prüf- und Technologie-Zentrums der Daimler AG im regionalen Gewerbegebiet Sulz wird die Region profitieren, ist Jürgen Guse, Vorsitzender des Regionalverbandes überzeugt. Dieses Gremium gab bei seiner Sitzung in Donaueschingen ein »standort- und regionalpolitisches Signal« für Sulz und Umgebung, aber auch für die Daimler AG. Bei einer Enthaltung (Hartmut Hauser von den Grünen) wurde das Vorhaben befürwortet.

300 Arbeitsplätze, darunter 70 für Ingenieure und Techniker, will die Daimler AG in Sulz schaffen. Sogar eine Fotovoltaik-Anlage zur Deckung des eigenen Energiebedarfs und des der angrenzenden Nachbarn stellten Lothar Ulsamer und Reiner Imdahl vom Automobilkonzern in Aussicht.

Die beiden berichteten der Verbandsversammlung beispielsweise, dass auf dem Gelände eine »Simulationsstadt« gebaut werden und das Prüf- und Technologiezentrum Süd zum Schutz der Tiere und Menschen zwar eingezäunt werden solle, aber keinen »Hochsicherheitstrakt« darstellen werde.

So nahe wie möglich wolle die Daimler-Benz AG an unfallfreies Fahren herankommen. Deswegen werde es vier verschiedene Module geben, neben Simulationsstadt noch Ovale, Messgerade und Dauerlaufkurs. Getestet werden sollen vor allem neue Entwicklungen, wie Elektro-Autos und Fahrzeuge mit Hybrid-Motoren, aber auch herkömmliche Limousinen.

Der Standort in Sulz gefällt dem Konzern, das wurde im Vortrag der beiden Projektverantwortlichen deutlich. Erfüllt er doch die Voraussetzung, dass nur 60 Minuten Fahrzeit zu den Entwicklungszentren in Sindelfingen und Stuttgart-Untertürkheim benötigt werden. 40 Hektar Fläche werden gebraucht, 160 Hektar stünden weiter für die Landwirtschaft zur Verfügung.

Die grün-rote Landesregierung befürworte wie schon die schwarz-gelbe zuvor das Vorhaben, berichtete Ulsamer. »Wir haben das Wort des Ministerpräsidenten Kretschmann im Ohr, dass wir nicht mehr, sondern andere Autos benötigen«, kommentierte Jürgen Guse.

Bürgermeister Gerd Hieber (Sulz) berichtete, man habe eine Abfrage der Grundstücke gemacht, mit dem Ergebnis, dass zirka 16 Prozent der Eigentümer nicht verkaufsbereit seien. Das sei aber überall in Baden-Württemberg so. Den Eigentümern seien die Bedingungen wichtig, zu denen das Prüfzentrum entstehe. Zum Teil seien sie zum Tausch gegen andere Grundstücke bereit. »Wir wurden dort sehr freundlich aufgenommen, aber zum Teil wird ein starker Druck ausgeübt, um diejenigen weichzuklopfen, nicht zu verkaufen, die verkaufen wollen, das finde ich etwas unschön«, sagte Lothar Ulsamer.

Auf nähere Nachfrage, wer den Druck ausübe, wollte er allerdings nichts sagen. »Unser Ziel ist Fokussierung auf einen Standort zum Ende des Jahres«, so die beiden Projektverantwortlichen.